

Analyse:

## Tragödie schweißt viele Franzosen in neuer Einheits-Hoffnung zusammen

Ein einziger namhafter Politiker scherte bisher aus dem Konsens aus, mit dem Frankreichs politische Spitzen auf die Mordserie (in einer jüdischen Schule und gegen Soldaten arabischer und karibischer Abstammung) im Raum Toulouse reagierten. Dieser Konsens reichte weit: Nicolas Sarkozy erklärte seine Kampagne für die Präsidentenwahl bis zur Beerdigung der drei Soldaten am Mittwoch für ausgesetzt. Der Sozialist Francois Hollande sagte eine Großkundgebung ab und beschwor fast wortgleich mit Sarkozy „die Einheit der Republik gegenüber der Barbarei“. Die Rechtspopulistin Marine Le Pen beteuerte: „Heute gibt es keine Linke und keine Rechte mehr, nur das französische Volk, das in seinem Herzen getroffen ist“.

Der Zentrumsolitiker Francois Bayrou, hielt hingegen eine Wahlkampf-Veranstaltung ab, die er in eine „Nachdenk-Sitzung“ umbenannte. Der in den Umfragen mit 13 Prozent viert gereihte Präsidentschaftskandidat sprach von einer „Gesellschaft, die an ihren Spaltungen krank“. Man habe im Wahlkampf „mit dem Finger auf die einen oder anderen wegen ihrer Abstammung oder sozialen Lage gezeigt“, bedauerte Bayrou. Dieser Vorwurf galt in erster Linie Sarkozy. Der Präsident und seine Entourage hatten Roma-Migranten ins Visier genommen, und zuletzt ihre Kampagne auf die Einwanderung aus dem Maghreb, muslimische Gemeinschaftsbildungen und den Missbrauch des Wohlfahrtsstaats durch Sozialhilfeempfänger konzentriert. Dabei hatte sich Sarkozy die Themen von Marine Le Pen vorgeben lassen, allerdings mit dem Unterschied, dass er auch immer wieder Migranten als „Bereicherung“ bezeichnete.

**BRUCHLINIEN** Die Warnungen von Bayrou haben etwas Respektables an sich, sie erscheinen aber im jetzigen Kontext überdreht, auch wenn man die Gratwanderung von Sarkozy zwischen rechtspopulistischer Demagogie und republikanischem Integrationsbejahung problematisch finden kann. Frankreichs Juden fürchten in ihrem Alltag kaum rechte Grüppchen, sondern vor allem Attacken durch Jugendliche, die sich an der Schnittstelle zwischen Kriminalität und radikal-islamistischer Ideologie bewegen. Gleichzeitig leiden die Jugendlichen aus muslimischen Migrantenfamilien aus Nord- und Schwarzafrika unter – ungeschriebenen aber realen – Diskriminierungen etwa bei der Job- oder Wohnungsvergabe, und unter Kränkungen, namentlich bei Kontrollen und Übergriffen durch die Polizei. Viele Franzosen haben das Gefühl, ihr Land könnte und müsste jetzt diese Bruchlinien überwinden

angesichts der Tatsache, dass ein „Monster“ (so Sarkozy) sich gleichermaßen an jüdischen Kindern und Soldaten aus muslimischen und karibischen Familien vergangen hat.

**DANNY LEDER, PARIS**